

Auftrag Degiacomi betreffend Talente mit Familienpflichten für eine starke Wirtschaft

Es ist hinlänglich bekannt, dass aufgrund des demografischen Wandels dem Arbeitsmarkt je länger je mehr qualifizierte Fachkräfte fehlen. In Graubünden geht beispielsweise die Zahl der abgeschlossenen Lehrverhältnisse bereits seit 2008 zurück. Ein Blick ins Geburtenregister zeigt zudem, dass die Geburtenzahlen zwischen 1992 und 2005 um ganze 37% zurückgegangen sind. Bereits heute bleiben in Bündner Ausbildungsbetrieben viele Lehrstellen unbesetzt. In einigen Branchen wie beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen spricht man bereits von einem Fachkräftemangel. Gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft SECO werden dem Arbeitsmarkt noch bis zirka 2050 zunehmend weitere qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Es zählt als negative Folgen auf:

- „auf nationaler Ebene die Produktivität unserer Volkswirtschaft und unsere Sozialwerke
- auf Unternehmensebene die Rekrutierung und den Erhalt gut qualifizierter Arbeitskräfte und
- auf individueller Ebene die Flexibilität und Arbeitsmarktfähigkeit.“

Bisher wurden die Folgen des demografischen Wandels weitgehend durch Einwanderung von Fachkräften aus dem europäischen Raum gemindert. Dies reichte jedoch nicht in allen Branchen zur Kompensation und es zeigt sich, dass die Offenheit der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber dieser Einwanderung nicht unbegrenzt ist.

Graubünden steht damit in einem sich künftig noch weiter verstärkenden Kampf um Talente. Ein vielversprechender Erfolgsansatz dürfte es sein, für Rahmenbedingungen zu sorgen, welche gut qualifizierte inländische Arbeitskräfte motivieren am Erwerbsprozess teilzunehmen. Viele gut ausgebildete Frauen und Männer mit Familienpflichten finden solche Bedingungen nicht vor. Es lohnt sich beispielsweise schlicht nicht zu arbeiten oder ihr Erwerbsspensum auszubauen oder sie finden während der Schulferien keine Kinderbetreuungsangebote.

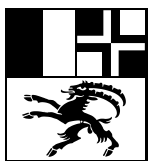
Die Fachkräfteinitiative vom Bund und von der KdK (Konferenz der Kantone) beinhaltet u.a. als Schwerpunkt die Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Kantone setzen die empfohlenen Massnahmen um oder gehen wie Basel (familienfreundlicher Wirtschaftsraum) oder Luzern noch einen Schritt weiter. Die Kantone Zürich und Basel machten zudem Studien und beschlossen beispielsweise Massnahmen zur Beseitigung von Fehlanreizen bei den Steuern, den bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie den Tarifsystemen der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung. Im Kanton Bern beispielsweise wird die Kinderbetreuung zu 80% vom Kanton subventioniert. Im Kanton Graubünden werden demgegenüber rund 60% der Gesamtkosten in der Kinderbetreuung von den Eltern über die Tarife finanziert.

Graubünden verfügt als Wirtschaftsstandort über Nachteile gegenüber anderen Schweizer Wirtschaftsräumen. Nur wenn Graubünden im Standortwettbewerb um Talente mit Familienpflichten ganz vorne mitmischt, haben wir eine Chance unserer Wirtschaft diejenigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, die sie benötigt um nachhaltig erfolgreich zu sein.

Die Regierung wird beauftragt ein Massnahmenpaket zu erarbeiten, welches die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Graubünden griffig fördert, sodass Graubünden im interkantonalen Vergleich diesbezüglich über herausragende Bedingungen verfügt.

Chur, 9. Dezember 2015

Degiacomi, Stiffler (Chur), Casty, Atanes, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bucher-Brini, Caduff, Cahenzli-Philipp, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Darms-Landolt, Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Joos, Locher Benguerel, Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Steck-Rauch, Tenchio, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett (Breil), von Ballmoos, Widmer-Spreiter



Sitzung vom

01. März 2016

Mitgeteilt den

03. März 2016

Protokoll Nr.

193

Auftrag Degiacomi

betreffend Talente mit Familienpflichten für eine starke Wirtschaft

Antwort der Regierung

Das Bewusstsein um einen drohenden Mangel an Fachkräften ist in Wirtschaft und Politik seit langem vorhanden. Der Grosse Rat hat bereits 2003 ein Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung erlassen. Schon damals war ersichtlich, dass aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der verfügbaren Fachkräfte sinken wird.

2007 wurden im Rahmen des Familienberichts Graubünden (Botschaft Heft Nr. 15 2006–2007) verschiedene familienpolitische Massnahmen dargelegt und priorisiert (z.B. Erhöhung des Beitragssatzes für familienergänzende Kinderbetreuung, Berechnung der Normkosten, Vorgaben Tarifgestaltung, Einführung Blockunterricht, Tagesstrukturangebote, Betreuung während Randzeiten, steuerliche Entlastungen etc.). Soweit sie im Zuständigkeitsbereich des Kantons liegen, wurden sie umgesetzt. Im Bereich der Steuern wurden z.B. die Kinderabzüge massiv erhöht (2006: Fr. 2400, heute Fr. 6000 im Vorschulalter, Fr. 9000 für minderjährige Kinder oder Kinder in Ausbildung bzw. Fr. 18 000 für Kinder in auswärtiger Ausbildung). Zudem wurde ein Kinderbetreuungsabzug eingeführt: für Kinder bis zum Erreichen des 14. Altersjahres können Drittbetreuungskosten bis Fr. 10 000 abgezogen werden. Bei den Ehegatten wird durch das sog. Teilsplitting verhindert, dass gegenüber den Konkubinatspaaren eine höhere Steuerbelastung resultiert. Eine deutliche Erweiterung erfuhr das Betreuungsangebot für schulpflichtige Kinder ab dem Schuljahr 2013/14 aufgrund des totalrevidierten Schulgesetzes, das neu den Blockunterricht sowie Tagesstrukturen zur Betreuung einführte. Im Schuljahr 2014/2015 wurden von 54 Schulträgerschaften rund 225 971 Betreuungseinheiten erbracht. Diese umfassen Vor-, Mittags- und Nachmittagsbetreuung. Dafür erbrachte der Kanton Beiträge von 582 971 Franken. In Zusammenarbeit mit den anerkannten Anbietern legen die Gemeinden den Bedarf an familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten fest. Die Beteiligung des Kantons und der Gemeinden beträgt 30 Prozent bis 50 Prozent der Normkosten. Die Regierung legt die Höhe der Normkosten und die Höhe des Beitragssatzes fest. Die Wohnsitzgemeinde hat sich mindestens im gleichen Umfang zu beteiligen wie der Kanton. Dies hat einen Ausbau von 180 Plätzen im Jahr 2004 auf 703 Plätze im Jahr 2015 ermöglicht.

Der Bund hat 2011 eine Fachkräfteinitiative lanciert, in dessen Rahmen der Bundesrat 2013 ein Massnahmenpaket guthiess. Neben der im Auftrag fokussierten Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf definiert dieses drei weitere Aktionsfelder: Die Höherqualifizierung, die Erwerbstätigkeit von älteren Arbeitnehmenden und die Förderung von Innovationen. Brachliegende Potenziale zur Behebung des Fachkräf-

temangels und der besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials werden nicht nur bei Frauen sondern auch bei Jugendlichen, Älteren und Menschen mit Behinderung geortet. Der Kanton unterstützt diese Initiative, indem er Personen mit Berufserfahrung ohne beruflichen Erstabschluss ermöglicht, sich ausserhalb der regulären Ausbildungswege beruflich zu qualifizieren. Er trägt auch einen wesentlichen Teil der Kosten dieser Nachqualifizierungen. Der Bund unterstützt zudem die Schaffung neuer Angebote durch die Finanzhilfen für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung. Diese laufen voraussichtlich im Jahre 2019 aus. Der Bund plant, im Rahmen einer befristeten Gesetzesgrundlage Anreize zu schaffen, dass Kantone, Gemeinden und allenfalls Arbeitgeber mehr in die familienergänzende Kinderbetreuung investieren, um so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu fördern. Die Regierung begrüsst in ihrer Vernehmlassungsantwort grundsätzlich den Vorschlag des Bundesrates. Sie ist jedoch der Ansicht, dass eine befristete Anreizfinanzierung keine nachhaltige Wirkung entfalten kann. Daher sollte sich der Bund weiterhin mit einem fixen Beitragssatz an den Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung beteiligen.

Die Regierung anerkennt die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den erleichterten Wiedereinstieg ins Berufsleben, insbesondere aus Gründen der Standortattraktivität als Wohn-, Arbeits- und Lebensraum und des Bedarfs an qualifiziertem Fachpersonal. Ein separates Massnahmenpaket ist aus Sicht der Regierung nicht notwendig, Verbesserungen sollen punktuell erfolgen. Das Regierungsprogramm 2017-2020 enthält einen Entwicklungsschwerpunkt der vorsieht, die Angebotssubventionierung im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung zu prüfen und für den Zeitpunkt des allfälligen Wegfalls der Bundessubventionen ab 2019 die Handlungsnotwendigkeit und die Handlungsoptionen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung zu definieren. Angesichts der beschränkt zur Verfügung stehenden kantonalen Mittel soll nach Ansicht der Regierung deren Einsatz fokussiert auf einen weiteren Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, nach Massgabe der Bedarfsanerkennung durch die Gemeinden erfolgen. Sie sieht zudem dort Verbesserungsbedarf in der Kinderbetreuung, wo die Erwerbskompatibilität der Betreuungsangebote eingeschränkt ist. Dies betrifft insbesondere die fehlende Betreuung während der Schulferien und die Bedarfsabhängigkeit der Tagesstrukturangebote gemäss Schulgesetz.

Die Regierung ist gewillt, auch künftig die kantonalen Massnahmen auf jene des Bundes abzustimmen. Auf die Ausarbeitung eines separaten kantonalen Massnahmenpakets ist zu verzichten. Die Regierung beantragt daher dem Grossen Rat die Ablehnung des vorliegenden Auftrages.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Incumbensa Degiacomi concernent talents cun obligaziuns da famiglia per in'economia ferma

Igl è enconuschent bain avunda ch'i mancan al martgà da lavur – pervia da la midada demografica – adina dapli persunas spezialisadas qualifitgadas. En il Grischun sa reducescha per exempel il dumber da relaziuns d'emprendissadi concludidas gia dapi l'onn 2008. In sguard en il register da las naschientschas mussa plinavant ch'il dumber da naschientschas è sa reduci per 37% tranter l'onn 1992 e 2005. Gia oz na pon bleras plazzas d'emprendissadi betg pli vegnir occupadas en manaschis grischuns. En intginas branschas, sco per exempel en il sectur da furmaziun e da sanadad, discurran ins gia d'ina mancanza da persunas spezialisadas. Tenor il secretariat da stadi per l'economia SECO vegnan a mancar al martgà da lavur anc circa fin l'onn 2050 er pli e pli autras forzas da lavur qualifitgadas. Sco consequenzas negativas enumerescha el:

- sin plaun naziunal: la productivitat da nossa economia publica e nossas ovras socialas
- sin plaun da las interpresas: la recrutaziun ed il mantegniment da forzas da lavur qualifitgadas e
- sin plaun individual: la flexibilitad e la cumpatibilitad cun il martgà da lavur

Fin ussa èn las consequenzas da la midada demografica vegnidas mitigiadas per gronda part tras l'immigraziun da persunas spezialisadas dal spazi europeic. Quai n'ha dentant betg bastà per ina cumpensaziun en tut las branschas, ed i sa mussa che l'avertadad da las votantas e dals votants svizzers n'è betg illimitada envers questa immigraziun.

Uschia stat il Grischun en in cumbat per talents, che vegn ad esser anc pli dira en l'avegnir. Ina via da success empermettent dastgass esser quella da procurar per cundiziuns generalas che motiveschan forzas da lavur svizras qualifitgadas da sa participar al process da lavur. Bleras dunnas e blers umens bain scolads, che han obligaziuns da famiglia, na chattan betg talas cundiziuns. Per els na cunvegna per exempel simplamain betg da lavurar u d'augmentar lur pensum da lavur, u els na chattan naginas purschidas da la tgira d'uffants durant las vacanzas da scola.

L'iniziativa per dapli persunal qualifitgà da la confederaziun e da la CdC (conferenza da las regenzas chantunalas) cuntegna tranter auter sco punct central la promoziun d'ina megra cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia. Blers chantuns realiseschan las mesiras recumandadas u fan – sco Basilea (spazi economic favuraivel per famiglias) u Lucerna – anc in ulteriur pass. Ils chantuns Turitg e Basilea han plinavant fatg studis ed han per exempel concludi mesiras per eliminar fauss impuls tar las taglias, tar las prestaziuns socialas dependentas dal basegn sco er tar ils systems tariffars da la tgira d'uffants complementara a la famiglia ed a la scola. En il chantun Berna per exempel subvenziunescha il chantun la tgira d'uffants cun 80%. En il chantun Grischun percenter vegnan circa 60% dals custs totals da la tgira d'uffants finanziads dals geniturs sur las tariffas.

Sco lieu economic ha il Grischun dischavantatgs envers auters spazis economics svizzers. Mo sch'il Grischun ha ina piazza a la testa en la concorrenza economica per talents cun obligaziuns da famiglia, avain nus ina schanza da metter a disposiziun a nossa economia quellas forzas da lavur ch'ella dovra per avair in success duraivel.

La regenza vegn incumbensada d'elavurar in pachet da mesiras che promova en moda effizienta la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia, uschia ch'il Grischun dispona en quest regard da cundiziuns excellentas en la cumparegliaziun interchantunala.

Cuira, ils 9 da december 2015

Degiacomi, Stiffler (Cuira), Casty, Atanes, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bucher-Brini, Caduff, Cahenzli-Philipp, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Darms-Landolt, Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Joos, Locher Benguerel, Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Steck-Rauch, Tenchio, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett (Breil), von Ballmoos, Widmer-Spreiter



Sesida dal

1. da mars 2016

Communitgà ils

3 da mars 2016

Protocol nr.

193

Incumbensa Degiacomi

concernent talents cun obligaziuns da famiglia per in'economia ferma

Resposta da la regenza

Da la mancanza smanatschanta da persunas spezialisadas èn l'economia e la politica conscientas gia daditg. Il cussegl grond ha relaschà gia l'onn 2003 ina lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia. Gia quella giada eri evident ch'il dumber da persunas spezialisadas vegnia a sa sbassar en consequenza dal svilup demographic.

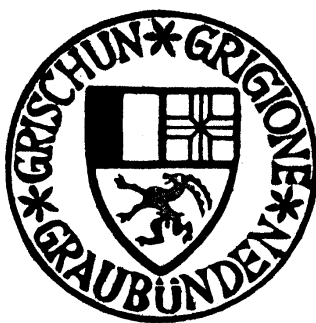
L'onn 2007 èn vegnidas preschentadas e priorisadas en il rom dal rapport grischun da famiglia (missiva carnet nr. 15 2006-2007) differentas mesiras da la politica da famiglia (p.ex. augment da la tariffa da contribuziun per la tgira d'uffants complementara a la famiglia, calculaziun dals custs normads, directives per concepir las tariffas, introducziun d'instrucziun en bloc, purschidas da structures dal di, tgira durant las uras marginalas, distgargias fiscalas e.u.v.). Uschenavant ch'ellas tutgan al champ da cumpetenzza dal chantun, èn ellas vegnidas realisadas. En il sector da las taglias èn p.ex. las deducziuns per uffants vegnidas auzadas massivamain (onn 2006: 2400 francs; oz: 6000 francs per uffants da la vegliadetgna prescolara, 9000 francs per uffants minorens u per uffants en scolaziun resp. 18 000 francs per uffants en scolaziun ordaifer). Plinavant è vegnida introducida ina deducziun per la tgira d'uffants: Per uffants fin a la cumplenida dal 14. onn da vegliadetgna pon vegnir deducids custs da tgira tras terzas persunas fin 10 000 francs. Tar ils conjugals evitescha l'uschenumnà splitting parzial ch'i resultia ina chargia fiscala pli gronda cumpareglià cun pèrs en concubinat. Ina clera extensiun da la purschida da tgira per uffants obligads d'ir a scola hai dà a partir da l'onn da scola 2013/14 tras la revisiun totala da la lescha da scola cun l'introducziun da l'instrucziun en bloc sco er da structures dal di per la tgira. L'onn da scola 2014/15 han 54 instituziuns responsablas per la scola furnì var 225 971 unitads da tgira. Quellas cumpiglian la tgira d'avantmezdi, da mezdi e da suentermezdi. Per quest intent ha il chantun pajà contribuziuns da 582 971 francs. En collavuraziun cun ils purschiders renconuschids defineschan las vischnancas il basegn da purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia. La participaziun dal chantun e da las vischnancas importa 30 pertschient fin 50 pertschient dals custs normads. La regenza fixescha l'autezza dals custs normads e l'autezza da la tariffa da contribuziun. La vischnanca da domicil sto sa participar almain en la medema dimensiun sco il chantun. Quai ha pussibilità d'augmentar il dumber da plazzas da 180 l'onn 2004 a 703 l'onn 2015.

La confederaziun ha lantschà l'onn 2011 ina iniziativa per dapli persunal qualifitgà; en il rom da quella ha il cussegl federal approvà l'onn 2013 in pachet da mesiras. Ultra da la tematica da la cumpatibilità da la professiun cun la famiglia, che vegn focussada en l'incumbensa, definescha quest pachet trais ulteriurs champs d'acziun: la qualificaziun superiura, l'activitad da gudogn da lavurantas e lavurants pli vegls e

la promoziun d'innovaziuns. Potenzials nunduvrads per eliminar la mancanza da personas spezializadas e per trair a niz meglier il potenzial da forzas da lavur svizras na vegnan betg mo localisads tar las dunnas, mabain er tar ils giuvenils, tar las personas pli veglias e tar las personas cun impediments. Il chantun sustegna questa iniziativa tras quai ch'el pussibilitescha a personas cun experientscha professiunala, ma senza emprim diplom professiunal, da sa qualifitgar professiunalmain ordaifer las vias da scolaziun regularas. El surpiglia er ina gronda part dals custs da questas qualificaziuns posteriuras. Plinavant sustegna la confederaziun la creaziun da novas purschidas tras agids finansials per la tgira d'uffants complementara a la famiglia ed a la scola. Quellas scadan previsiblmain l'onn 2019. En il rom d'ina basa legala da durada limitada planisescha la confederaziun da stgaffir impuls, per ch'ils chantuns, las vischnancas ed eventualmain ils patruns investeschian dapli en la tgira d'uffants complementara a la famiglia, per uschia promover vinavant la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia. En sia resposta da consultaziun ha la regenza beneventà da princip la proposta dal cussegl federal. Ella è dentant da l'avis ch'ina finanziaziun d'impuls da durada limitada na possia purtar nagin effect duraivel. Perquai duess la confederaziun sa participar er vinavant cun ina tariffa da contribuziun fixa als custs per la tgira d'uffants complementara a la famiglia.

La regenza renconuscha l'impurtanza da la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia sco er il return facilità en la vita professiunala, en spezial per motivs da l'attracitivitad dal lieu sco spazi d'abitar, da lavurar e da viver e pervia dal basegn da persunal qualifitgà. In pachet da mesiras separà n'è betg necessari ord vista da la regenza, meglieraziuns duain vegnir fatgas en singuls puncts. Il program da la regenza 2017-2020 cuntegna in punct central da svilup che prevesa d'examinar in subvenziunament da las purschidas en il sector da la tgira d'uffants complementara a la famiglia e da definir il basegn d'agir e las opziuns d'agir en il sector da la tgira d'uffants complementara a la famiglia per il mument che las subvenziuns federalas crodan eventualmain davent a partir dal 2019. En vista al fatg ch'ils meds finansials chantunals èn disponibels mo limitadamain, duain els – tenor l'avis da la regenza – vegnir impundids tras las vischnancas a norma da la renconuschientscha dal basegn, mettend il focus sin in'ulteriura extensiun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia. Plinavant vesa la regenza in basegn da meglieraziun en la tgira d'uffants là, nua che la cumpatibilitad da gudogn da las purschidas da tgira è restrenschiada. Quai pertutga spezialmain la tgira mancanta durant las vacanzas da scola e la dependenza dal basegn da las purschidas da structures dal di tenor la lescha da scola.

La regenza è pronta da coordinar er en l'avegnir las mesiras chantunals cun las mesiras federalas. Da l'elavuraziun d'in pachet chantunal da mesiras separà duai vegnir desisti. La regenza propona perquai al cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Chr. Rathgeb

Dr. C. Riesen

Incarico Degiacomi concernente talenti con obblighi familiari per un'economia forte

È cosa nota che a seguito dei cambiamenti demografici con il passare del tempo sul mercato del lavoro è disponibile sempre meno personale qualificato. Nei Grigioni ad esempio il numero dei contratti di apprendistato stipulati è in calo già dal 2008. Uno sguardo nel registro delle nascite rivela inoltre che tra il 1992 e il 2005 il numero delle nascite è calato del 37%. Già oggi in molte aziende di formazione grigionesi numerosi posti di tirocinio rimangono vacanti. In alcuni settori, quali ad esempio l'istruzione e la sanità, si parla già di una carenza di personale specializzato. Secondo la Segreteria di Stato dell'economia SECO, circa fino al 2050 sul mercato del lavoro mancherà sempre più personale qualificato. Quali conseguenze negative elenca:

- "a livello nazionale, la produttività dell'economia e del sistema sociale;
- a livello aziendale, il reclutamento e il mantenimento di personale qualificato;
- a livello individuale, la flessibilità e la collocabilità nel mercato del lavoro."

Finora, le conseguenze dei cambiamenti demografici sono state attenuate in ampia parte grazie all'immigrazione di personale qualificato dal resto d'Europa. Tuttavia, ciò non è stato sufficiente a compensare gli ammanchi in tutti i settori e si sta dimostrando che l'apertura del Popolo svizzero nei confronti di tale immigrazione non è illimitata.

Di conseguenza, i Grigioni si trovano a partecipare a una competizione per i talenti che in futuro continuerà a farsi sempre più serrata. Un approccio promettente per ottenere buoni risultati dovrebbe essere la creazione di condizioni quadro che motivino personale qualificato svizzero a inserirsi nel processo lavorativo. Molte donne e molti uomini qualificati con obblighi familiari non trovano condizioni corrispondenti. Ad esempio, semplicemente non vale la pena lavorare o aumentare il volume di lavoro, oppure questi non trovano offerte di assistenza ai bambini durante le vacanze scolastiche.

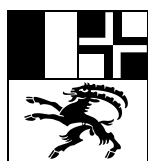
L'iniziativa sul personale qualificato promossa dalla Confederazione e della CdC (Conferenza dei Cantoni) comprende tra l'altro la promozione della conciliabilità fra vita familiare e professionale quale punto chiave. Numerosi Cantoni danno attuazione alle misure proposte o, come Basilea (spazio economico favorevole alla famiglia) o Lucerna, vanno addirittura oltre. Inoltre, i Cantoni di Zurigo e Basilea hanno eseguito degli studi e hanno deciso ad esempio misure mirate a eliminare falsi incentivi riguardo alle imposte, alle prestazioni sociali legate ai bisogni nonché ai sistemi tariffari dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia e alla scuola. Nel Cantone di Berna ad esempio l'assistenza ai bambini viene sovvenzionata dal Cantone nella misura dell'80%. A fronte di ciò, nel Cantone dei Grigioni circa il 60% delle spese complessive nell'assistenza ai bambini viene finanziato dai genitori mediante le tariffe.

Rispetto ad altri spazi economici svizzeri, il Cantone dei Grigioni quale piazza economica presenta degli svantaggi. Solo se i Grigioni saranno in grado di misurarsi ai massimi livelli nella competizione fra piazze economiche per talenti con obblighi familiari, avremo la possibilità di mettere a disposizione della nostra economia i lavoratori di cui essa necessita per avere successo in maniera duratura.

Il Governo viene incaricato di elaborare un pacchetto di misure che promuova in maniera efficace la compatibilità tra famiglia e professione, di modo che i Grigioni possano contare su condizioni eccellenti a tal proposito nel confronto intercantonale.

Coira, 9 dicembre 2015

Degiacomi, Stiffler (Coira), Casty, Atanes, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bucher-Brini, Caduff, Cahenzli-Philipp, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Darms-Landolt, Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Joos, Locher Benguerel, Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Steck-Rauch, Tenchio, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett (Breil), von Ballmoos, Widmer-Spreiter



Seduta del

1° marzo 2016

Comunicata il

3 marzo 2016

Protocollo n.

193

Incarico Degiacomi

concernente talenti con obblighi familiari per un'economia forte

Risposta del Governo

È da molto tempo che il mondo economico e politico sono consapevoli dell'incombenza di personale qualificato. Nel 2003 il Gran Consiglio aveva già emanato una legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia. Già allora risultava evidente che il numero di personale qualificato disponibile sarebbe calato a seguito dei cambiamenti demografici.

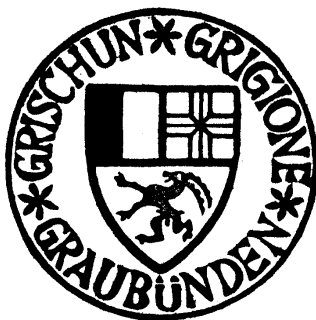
Nel 2007, più precisamente nel quadro del Rapporto sulle famiglie nei Grigioni (messaggio quaderno n. 15 2006–2007), sono state esposte e priorizzate diverse misure di politica familiare (ad es. aumento dell'aliquota di contributo per l'assistenza ai bambini complementare alla famiglia, calcolo dei costi standard, direttive sulla struttura delle tariffe, introduzione degli orari fissi, offerte di strutture diurne, assistenza nell'arco di tutta la giornata, sgravi fiscali, ecc.). Per quanto rientrassero nel settore di competenza del Cantone, queste misure sono state attuate. In ambito fiscale ad esempio sono state incrementate sensibilmente le deduzioni per i figli (2006: fr. 2400, oggi fr. 6000 in età prescolare, fr. 9000 per figli minorenni o figli in formazione e fr. 18 000 per figli in formazione lontano da casa). In aggiunta è stata introdotta una deduzione per l'assistenza ai figli: fino al raggiungimento del 14° anno d'età vi è la possibilità di dedurre spese per l'assistenza svolta da terzi fino a fr. 10 000. Per quanto riguarda i coniugi, mediante il cosiddetto splitting parziale viene evitato che l'onere fiscale risulti superiore rispetto a quello sostenuto dalle coppie che vivono in concubinato. Le offerte di assistenza per bambini in età scolare sono state sensibilmente ampliate a partire dall'anno scolastico 2013/14 a seguito della revisione totale della legge scolastica, mediante la quale sono stati introdotti quali novità gli orari fissi nonché le strutture diurne per l'assistenza. Nel corso dell'anno scolastico 2014/2015 i 54 enti scolastici hanno fornito circa 225 971 unità di assistenza. Queste ultime comprendono l'assistenza mattutina, sul mezzogiorno e pomeridiana. A tale proposito il Cantone ha versato contributi pari a 582 971 franchi. In collaborazione con i fornitori di servizi riconosciuti, i comuni definiscono il fabbisogno di offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia. La partecipazione del Cantone e dei comuni è compresa tra il 30 e il 50 per cento dei costi standard. Il Governo fissa il tetto dei costi standard e il tetto dell'aliquota di contributo. Il comune di domicilio deve partecipare ai costi in misura almeno pari a quella del Cantone. In tal modo è stato possibile aumentare i posti da 180 nel 2004 a 703 nel 2015.

Nel 2011 la Confederazione ha lanciato un'iniziativa sul personale qualificato, nel quadro della quale il Consiglio federale nel 2013 ha approvato un pacchetto di misure. Oltre alla tematica su cui si concentra l'incarico, ossia la conciliabilità tra lavoro e famiglia, quest'ultimo definisce altri tre ambiti d'intervento: l'ottenimento di qualifiche superiori, l'occupazione di lavoratori anziani e la promozione delle innovazioni. Potenziali inutilizzati per il superamento della carenza di personale specializzato e uno

sfruttamento maggiore del potenziale di personale qualificato del Paese vengono individuati non solo con riferimento alle donne, bensì anche tra i giovani, gli anziani e le persone portatrici di handicap. Il Cantone sostiene questa iniziativa dando la possibilità a persone che dispongono di esperienza professionale e che non hanno conseguito un primo diploma professionale di ottenere una qualifica professionale al di fuori dei percorsi formativi regolari. Esso sostiene anche una parte sostanziale dei costi di tali formazioni di recupero. Inoltre, la Confederazione sostiene la creazione di nuove offerte mediante aiuti finanziari per l'assistenza ai bambini complementare alla famiglia e alla scuola. Secondo quanto previsto, queste scadranno nel 2019. Nel quadro di una base legislativa di durata limitata la Confederazione vuole introdurre incentivi per motivare i Cantoni, i comuni ed eventualmente i datori di lavoro a investire maggiormente nell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia e, in questo modo, promuovere ulteriormente la conciliabilità tra famiglia e lavoro. Nella sua presa di posizione, in linea di principio il Governo accoglie favorevolmente la proposta del Consiglio federale. Tuttavia, il Governo è dell'avviso che un finanziamento di incentivazione limitato nel tempo non sia idoneo a produrre effetti duraturi. Di conseguenza, la Confederazione dovrebbe continuare a partecipare ai costi per l'assistenza ai bambini complementare alla famiglia versando un'aliquota contributiva fissa.

Il Governo riconosce l'importanza della conciliabilità tra lavoro e famiglia nonché di un reinserimento agevolato nella vita professionale, in particolare per motivi legati all'attrattiva del nostro Cantone quale luogo per abitare, lavorare e vivere e del fabbisogno di personale qualificato. Il Governo è dell'avviso che un ulteriore pacchetto di misure non sia necessario. Miglioramenti andranno effettuati in maniera puntuale. Il programma di Governo 2017-2020 contiene un punto centrale di sviluppo il quale prevede l'esame della possibilità di sovvenzionare offerte nel settore dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia e la determinazione della necessità di agire e delle opzioni operative nel settore dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia in vista del 2019, quando verranno meno i sussidi federali. In considerazione dei limitati mezzi cantonali a disposizione, secondo il Governo questi dovranno essere concentrati sull'ulteriore potenziamento dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia, in base al riconoscimento del fabbisogno da parte dei comuni. Inoltre, esso ravvisa la necessità di perfezionamento nel settore dell'assistenza ai bambini, dove le offerte di assistenza presentano un grado limitato di compatibilità con il lavoro. In particolare, ciò riguarda la mancanza di assistenza durante le vacanze scolastiche e la dipendenza dal fabbisogno delle offerte di strutture diurne secondo quanto previsto dalla legge scolastica.

Anche in ottica futura il Governo è disposto a coordinare le misure adottate a livello cantonale con quelle federali. Si rinuncia a elaborare un pacchetto di misure separato a livello cantonale. Pertanto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen